

Die Gemeinsamkeit von EU-Politik und Ernährungsberatung

Der Nationalrat will mehr Mitsprache mit Brüssel. Mehr Tempo aber nicht.

Stefan Bühler

Europapolitik stösst im Vergleich zu Texten etwa über den Genderstern oft auf bescheidenes Interesse – zu Unrecht. Denn erstens ist gerade wieder mehr los zwischen Bern und Brüssel. Und zweitens hat die Thematik frappante Parallelen zu Fragen des täglichen Lebens.

Nächste Woche reist der für die Verhandlungen mit dem Bund zuständige EU-Kommissar, Maroš Šefčovič, in die Schweiz. Vorab für einen Vortrag in Freiburg. Zudem hat er allen ein Treffen angeboten, die sich hierzulande mit der EU befassen: den Aussenpolitischen Kommissionen, den Sozialpartnern und den Kantonen. Dem Vernehmen nach haben alle zugesagt. Am Ende konnte auch Aussenminister Ignazio Cassis nicht Nein sagen. Die beiden treffen sich am

Mittwoch in Bern zum Abendessen. In dieser Gemengelage traf es sich gut, dass im Nationalrat am Donnerstag zwei europapolitische Vorstösse traktandiert waren. Beide stammten von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats und zielten auf mehr Mitsprache und mehr Tempo in den Verhandlungen mit Brüssel.

In aller Kürze: Die erste Motion fordert, dass der Bundesrat einen einfachen Bundesbeschluss vorlegt, damit die Bundesversammlung «formell zu den nächsten Schritten in der Europapolitik» Stellung nehmen kann. Sie wurde mit 96 zu 94 Stimmen knapp angenommen. Die Chancen, dass auch der Ständerat zustimmt, sind jedoch eher gering. Bereits selber abgelehnt, mit 98 zu 90 Stimmen, hat der Nationalrat die zweite Forderung seiner aussenpolitischen

Kräfte, nämlich dass der Bundesrat unverzüglich Verhandlungen mit der EU aufnehmen soll.

Interessanter als die Abstimmungen war die Debatte. Es war wie bei der Ernährungsberatung: Empfohlen wird eine Diät mit mehr Gemüse, Salat und Früchten im Hinblick auf die langfristige Gesundheit. Dem Gourmand passt das nicht. Er schaut auf seine reich gedeckte Tafel und stellt fest: Mir geht's gut. Da waren FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, Christine Bulliard-Marbach von der Mitte und Roland Fischer (GLP), die für eine raschere Annäherung an die EU plädierten. «Massnahmen für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz sind dringend», sagte Markwalder. Bulliard-Marbach erinnerte an die Gefahr der Strommangelage: «Es geht um Energie, die EU behandelt uns nicht mehr

wie einen Partner.» Und Roland Fischer meinte mit Blick ins Ausland: «Die schockartigen Auswirkungen des Brexit zeigen, was in der Schweiz im Zeitlupentempo passiert.»

Auf der anderen Seite stand Roger Köppel, EU-Kritiker der SVP, und spottete über «diese Nachrufe auf die Schweiz auf Vorrat», die allesamt stark übertrieben seien, «als würden wir auf einer wirtschaftlichen Intensivstation liegen». Dabei ist es laut Köppel umgekehrt: Die EU wanke über einen Sumpf von Schulden und stecke im Asyl-Chaos. «Da wollen sie die Schweiz anbinden?» Dies sei die «falsche Medizin».

Aussenminister Cassis plädierte derweil dafür, ihn machen zu lassen. Und das Publikum wartet weiterhin gespannt, für welche Therapie sich der ehemalige Präventivmediziner entscheiden wird.